

119

WIENER RAUFBAU-VEREIN VON 1872  
Herausgeber und verantw. Redakteur Rudolf Fiedl.  
32. Jahrg. Wien, Dienstag, 20. März 1912.

Wiener Stadtrat.

Sitzung am 20. März 1912.

Vorsitzende die VB. Dr. Porzer, Hierhammer und Hoß.

Nach einem Berichte des StR. Branneß wird eine Reihe von Räumlichkeiten im städtischen Hause 14. Bezirk, Ullmannstraße 54 an das k. k. Finanzräar zur Vergrößerung der Amtsräume der k. k. Steueradministration für den 12. und 13. Bezirk vermietet.

Nach einem Berichte des StR. Heindl wird die Schadloshaltung für den zur Straße abzutretenden Grund bei der Realität 1. Bezirk, Singerstraße 12 im Ausmaße von 30,82 m<sup>2</sup> mit 150 K per m<sup>2</sup>, bei der Realität 1. Bezirk, Dorotheergasse 6 und 8 im Ausmaße von 73,98 m<sup>2</sup> mit dem Pauschalbetrage von 10.000 K bestimmt.

StR. Dr. Haas beantragt die Errichtung einer Wäscherei und Desinfektionsanlage im Hospitale Meidling mit einem Ausmaße von 31.000 K. (Ang.)

Dem provisorischen städtischen Arzt Dr. Franz Bock wird das Definitivum verliehen.

Nach einem Bericht des StR. Tomola wird die Herstellung einer Baumpflanzung in der Littrowgasse im 18. Bezirk in der Strecke von der Sternwarte bis zur Hasenauerstraße mit den Kosten von 2400 K genehmigt.

Dem Projekte für die Erweiterung des Totengrabergebäudes im Gerethofer Friedhofe wird mit dem Erfordernisse von 3500 K zugestimmt.

Für die Erbauung einer neuen Turnhalle für die Knaben-volksschule 18. Bezirk, Schöngasse anschließend an den Knaben-trakt des bestehenden Schulgebäudes werden 34.000 K bewilligt.

Mehrere Grundstücke im 16. Bezirk, Pöstelsdorf im Ausmaße von 270,10 m<sup>2</sup> werden zur Ergänzung einer Baustelle an der verlängerten Hockegasse um den Pauschalpreis von 4000 K veräußert.

Nach einem Bericht des StR. Hermann wird die Schadloshaltung für den zur Badgasse, Lichtenthalergasse und Franz Josefs-jahnstraße abzutretenden Grund 9. Bezirk, Badgasse 3 im Ausmaße von 231,08 m<sup>2</sup> mit 40 K per m<sup>2</sup> festgesetzt.

Empfang im Rathause. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des StR. Heindl, den österreichischen Faktorenverband, der am 7. April sein 10jähriges Stiftungsfest feiert, am Ostermontag vormittags im Rathause festlich zu empfangen.

An die Frauen Wiens betitelt sich ein Artikel, der am 20. d. M. in einem Wiener Blatte (Oesterr. Volks-Zeitung) erschien.

und Angaben über die Wohnungsfürsorge und Vergleiche mit anderen Ausgaben der Gemeinde enthielt. Der Bürgermeister hat an das genannte Blatt nachstehende Berichtigung gesendet: Es ist un wahr, daß die Gemeindeverwaltung in einem und demselben Jahre 540.000 K für Empfänge und Bankette ausgegeben hat. Wahr ist vielmehr, daß im letzten Jahre für Bankette und Empfänge im Ganzen 195.190 K herausgab wurden. Ferner ist un wahr, daß die Gemeindeverwaltung zur Linderung der entsetzlichen Wohnungsnot der Ärmsten Bevölkerung 200.000 K als Darlehen gegeben hat. Wahr ist vielmehr, daß die Gemeindeverwaltung an die Aktiengesellschaft für Kleinwoh nungen ein unverzinsliches Darlehen von 200.000 K gegeben, ferner die durch die Bau führung dieser Gesellschaft bedingten Kosten für Straßenzüge, Kanal-, Gas- und Wasserleitung, Trottoire etc. im Betrage von 35.000 K auf sich genommen und für die Adaptierung des behufs Untarbringung obdachloser Familien gemieteten Draschenschlößls im 10. Bezirk rund 11.000 K verausgabte. Hiezu kommen noch jene nehmhaften Beträge, welche die Gemeinde Wien für den Bau von Bediensteten- Wohnhäusern der städtischen Unternehmungen in letzter Zeit gewidmet hat.

Gemeindevermittlungsmäter. Vize-Bürgermeister Dr. Porzer erstattete heute im Stadtrat Bericht über die Tätigkeit der Gemeindevermittlungsmäter im Jahre 1911. Im Berichtjahre waren 1626 Streitsachen in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten und 18.634 Ehrenbeleidigungsfälle anhängig. Von ersteren wurden 7732, d. i. 48 % durch Vergleich oder sonst im friedlichen Wege beigelegt, von letzteren 3918, d. i. 21 % unmittelbar beim Vermittlungsamte wurden 4064 Ehrenbeleidigungsklagen eingebracht und hievon 1946, also 48 % verglichen. Dagegen wurden von den seitens der Gerichte abgegebenen 14.570 Fällen nur 2072 also 14 % verglichen, während wegen Ausbleibens der Partei 11.100 Fälle rückgeleitet werden mußten.

Im allgemeinen sind in den äußeren Bezirken (den 1. und 19. ausgenommen) die Resultate bedeutend günstiger, als in den inneren Bezirken. So wird z. B. im 21. Bezirk die Mehrzahl der Ehrenbeleidigungsklagen unmittelbar beim Vermittlungsamte eingebracht, und von diesem auch beigelegt. Auch im 10. Bezirk entfalten die Vermittlungsmäter sowohl in bürgerlichen als auch in Ehrenbeleidigungsfällen eine ersprießliche Tätigkeit. In den inneren Bezirken dagegen verhindert neben politischen Momenten hauptsächlich der Widerstand der Advokaten die gedeihliche Entwicklung dieser Institution. Nach dem Antrage des Referenten wurde der Bericht zur Kenntnis genommen.

Verein der Beamten der Stadt Wien. Dieser Verein hält morgen Mittwoch 6 Uhr abends im Gemeinderats-Sitzungssaale des neuen Rathauses seine 20. ordentliche Hauptversammlung ab. Auf der

Tageordnung stehen der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1911, Wahlen in den Vorstand und Beschlußfassung über eventuell eingebrachte Anträge.

Die deutsche Firmenbezeichnung der „Ustredni Banka Ceskych Sportelen.“ Der Magistrat hat an diese Bank nachstehende Verfügung gerichtet: Das magistratische Bezirksamt für den 1. Bezirk ist zur Kenntnis gelangt, daß die ustredni banka ceskych sportelen an ihrem Hause 1. Bezirk, Schottenring 921 außer der tschechischen Bezeichnung ihrer Firma „Ustredni Banka Ceskych Sportelen“ noch die deutsche Uebersetzung dieser Bezeichnung „Zentralbank der böhmischen Sparkassen“ angebracht hat. Da die genannte Unternehmung rücksichtlich der in Prag befindlichen Hauptniederlassung mit der vorhin erwähnten tschechischen Firma im Handelsregister eingetragen ist, und auch beim Handelsregister des k. k. Handelsgerichtes Wien lediglich die Eintragung ihrer tschechischen Firma erwirkt hat, so steht der von der Unternehmung in die äußere Geschäftsbezeichnung aufgenommene Passus „Zentralbank der böhmischen Sparkassen“ mit dem Wortlaute der handelsgerichtlichen Protokollierung nicht im Einklange und erscheint daher unzulässig, umso mehr als dadurch in dem Publikum die irrige Meinung geweckt wird, daß es sich im gegebenen Falle nicht um eine ausschließlich tschechische Bank Unternehmung handle. Es wird der „Ustredni Banka Ceskych Sportelen“ daher unterzagt, sich in der äußeren Geschäftsbezeichnung einer anderen als der handelsgerichtlich protokollierten tschechischen Firmenbezeichnung zu bedienen. Die Befolgung dieses Verbotes wird überwacht und die allfällige Nichtbeachtung desselben nach § 7 und 11 der kais. Verordnung vom 30. April 1854, R.G.Bl. Nr. 96 geadmet werden.

Gegen diese Verfügung steht der binnen 14 Tagen von dem der Zustellung nachfolgenden Tage an gerechnet, beim magistratischen Bezirksamte für den 1. Bezirk einzubringende Rekurs an die k. k. m.-8. Statthalterei offen, welchem jedoch eine aufschiebende Wirkung gemäß § 93 der Bezirksamts-Instruktion vom 17. März 1855 R.G.Bl. Nr. 52 öffentlichen Interessen nicht zuerkannt wird. Die „Ustredni Banka ceskych sportelen“ wird daher aufgefordert, die deutsche Firmenbezeichnung aus der äußeren Geschäftsbezeichnung binnen längstens 3 Tagen nach Erhalt dieses Dekretes zu entfernen, widrigenfalls diese Entfernung von amts wegen verfügt werden würde.

Abänderung des Substitutionsnormales für die Wiener Schulen. StR. Tomola hat heute im Stadtrat über die Abänderung des Substitutionsnormales für die Wiener Schulen Bericht erstattet und folgende Anträge gestellt, welche vom Stadtrat genehmigt sind und nunmehr dem Gemeinderat vorgelegt werden: 1. Die an den bestehenden allgemeinen Volks- und Bürgerschulen in Wien jeweils pro-

visorisch zur Verfügung gestellten Lehrpersonen sind in Hinblick bereits mit Beginn des zweiten Jahres ihres Bestandes als Definitive zu systemisieren. 2. Die derzeit systemisierten 124 definitiven Bezirksaushilfslehrer werden von Beginn des Schuljahres 1912/13 angefangen um weitere 56 vermehrt und zwar sind sämtliche 56 neu zu schaffenden Stellen mit dem Standorte an Volksschulen zu systemisieren und hievon zwei Drittel mit männlichen und ein Drittel mit weiblichen Lehrkräften zu besetzen. 3. Der k. k. n.-8. Landesschulrat wird ersucht eine Aenderung des bestehenden Substitutionsnormales für die öffentlichen Volksschulen im Schulbezirke Wien in dem Sinne vorzunehmen, daß auch an Bürgerschulen mit mehr als 5 Klassenabteilungen gleich wie an den allgemeinen Volksschulen eine Lehrstelle für eine provisorische Schulaushilfelehrkraft in der Eigenschaft eines provisorischen Lehrers (einer provisorischen Lehrerin) 2. Klasse zu systemisieren ist, daß Bezirksaushilfelehrer ebenso wie die im § 4, Abs. 7 des Substitutionsnormales genannten Lehrpersonen Anspruch auf die im § 8, Abs. 2 genannten Ueberstundenremunerationen und auf die im § 10 genannte monatliche Zulage haben und daß gleichzeitig die gegenwärtigen Bestimmungen des Substitutionsnormales über die Höhe der Remunerationen mit den Bestimmungen des in der diesjährigen Landtagssession beschlossenen Lehrergehaltsgesetzes in Einklang gebracht werden. Weiters wird der k. k. n.-8. Landesschulrat ersucht, diese Bestimmungen mit 16. September 1912 in Wirksamkeit treten zu lassen. 4. Von dem Gemeinderatsbeschlusse, daß wegen Aenderung des Substitutionsnormales an den k. k. n.-8. Landesschulrat herangetreten wird und von dem Inhalt der beantragten Abänderung des Substitutionsnormales ist auch der n.-8. Landesschulrat in Kenntnis zu setzen. Die auf das Jahr 1912 entfallenden Mehrkosten betragen 131.000 K, die Kosten für die nächsten Jahre 395.800 K jährlich.

Ernennung des Volkswirtschaftslehrers Hofrat Dr. Eugen Schwiedland. Die Verleihung des Komturkreuzes des Franz Josefs Ordens an den Hofrat im Ministerium für öffentliche Arbeiten und Hochschulpfessor Dr. Eugen Schwiedland hat im Kreise dessen Jugendfreunde lebhafte Befriedigung hervorgerufen. Der ausgezeichnete ist eben kein trockener Stubengelehrter sondern ein sozialpolitischer Forscher, der stets bemüht war auch durch unermüdete Tätigkeit als Lehrer, Schriftsteller, Vortragender und Ministerialreferent ins politische Leben einzugreifen, und der schon frühzeitig die Bedeutung zielbewusster Jugendfürsorge erkannte. Darum wurde Hofrat Schwiedland bei Errichtung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten zum Chef des zur Wohlfahrtspflege der erwerbenden Jugend dasselbst eingerichteten Departements bestellt, in welcher Eigenschaft er bisher außerordentlich

120

dentlich anregend und befruchtend tätig war. Seiner Umsicht und Tatkraft ist die Einrichtung zahlreicher Jugendorganisationen und Fürsorgekommissionen zu verlinken, wobei auch seine aufsehenerregende in mehrfachen Auflagen erschienenen Publikationen „Probleme der erwerbenden Jugend“ hingewiesen sei. Als ungewein wertvoll muß seine Tätigkeit im Arbeitsbeirate eingeschätzt werden, da dem erfahrenen Sozialpolitiker daselbst Gelegenheit geboten ist, auch auf legislative Aktionen fördernd (Bäcker-schutzvorlage) einzuwirken. Auch zur wirtschaftlichen Hebung Dalmatiens hat der ausgezeichnete Hofrat vieles beigetragen und fanden seine Reformerschlüsse bezüglich des Kolonatswesens bei den interessierten Faktoren größte Beachtung. Insbesondere aber die Besserung der Lage des Arbeiterstandes und dessen soziale Hebung hat sich der genannte Volkswirtschaftler stets angelegen sein lassen. Groß ist die Zahl der von ihm in Druck herausgegebenen volkswirtschaftlichen Studien wie der in periodischen Blättern aus seiner Feder erschienenen Artikel; besonderen Beifall hat seine 1904 erschienene „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“ gefunden. Leider soll Hofrat Schwiedland entschlossen sein, seine Stelle als Departementschef im Arbeitsministerium aufzugeben, welche Nachricht wohl bei den mit der Jugendpflege Befassten aufrichtige Trauer auslösen wird.

Esge es dem hochbegabten, äußerst agilen, gut österreichisch gesinnten Mann beschieden sein, noch recht viele Ergebnisse ernster Forscherarbeit für das soziale Leben nutzbar zu machen und damit die staatsgefährliche soziale Zerklüftung zu mildern.

-----  
Der Singverein der k. k. Gesellschaft der Musikfreunde in Budapest - Der Singverein der k. k. Gesellschaft der Musikfreunde hatte über die Feiertage eine Exkursion nach Budapest unternommen. Vorsteher Rudolf Hofmann des Vereines hatte mit Ermächtigung des Bürgermeisters dessen beste Grüße dem Bürgermeister von Budapest zum Ausdruck gebracht. - Heute ist aus Budapest nachstehendes Telegramm des Vorstandes Hofmann an den Bürgermeister Dr. Neumayer eingelangt: „Die herzlichsten Grüße, die in Ihrem Namen unser Vorstand dem hochverehrten Herrn Bürgermeister Dr. Barczy in der heutigen Festversammlung bestellte, haben jubelnde Aufnahme gefunden aber auch die Erinnerung wachgerufen, daß Sie hochverehrter Herr Bürgermeister es waren, der die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Schwesterstädten an der Donau im vorigen Jahre angebahnt hat. Aus den Festesfreuden des heutigen Abends möge Ihnen auch unser Dank für diese segensreiche Tat durch unseren Heilgruß entgegenklingen“

-----  
Die Bezirksvertretung Mariahilf hält am 28. d. M. 5 Uhr nachmittags im Sitzungssaale 6. Bezirk Amerlingstraße 6 eine Sitzung ab.

NB. Der heutigen Korrespondenzansage liegt der Gedruckte Bericht über die Bilanz der städtischen Elektrizitätswerke bei.